

Fragen

**für die Fragestunde der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Mai 2014**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	47, 52	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	46
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	12, 13	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 22
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 23
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 60	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31, 32	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	33, 34
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	42, 43	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	40, 41	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	3, 4
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	9, 48	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 49
Höger, Inge (DIE LINKE.)	38, 39	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	55, 56
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 24
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	36, 59	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	1
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	5, 6
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	2
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 21	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	27, 28
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)

Welche Bemühungen unternimmt das Bundesministerium für Gesundheit, um sicherzustellen, dass Patientinnen und Patienten in Deutschland sicher vor gefährlichen und verbotenen Therapieformen wie z. B. „Konversionstherapien“ und „reparative“ Verfahren bei Homosexualität sind, und welche Informationen hat die Bundesregierung über die Verbreitung solcher „Therapien“?
2. Abgeordnete
Birgit Wöllert
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen zur gesundheitlichen Aufklärung plant die Bundesregierung, um die Öffentlichkeit vor „Konversions- und Reparationstherapien“ zu warnen und auf daraus resultierende Gefahren hinzuweisen, da es nachweisbar schädliche Folgen für die Betroffenen hat, einem solchen Verfahren ausgesetzt zu sein (vgl. Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Pressemitteilung der Bundesärztekammer vom 22. Oktober 2013), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Menschen darin zu unterstützen, ihre sexuelle Identität frei entfalten zu können und sie vor Diskriminierung und Stigmatisierung zu schützen, damit so Erkrankungen vorgebeugt werden kann, die aus Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen entstehen können und auf diesem Wege die Gesundheit der Betroffenen gefördert wird?
3. Abgeordneter
Harald Petzold (Havelland)
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um Betroffene vor den teilweise gesundheits-schädlichen „Konversionstherapien“ bzw. „reparativen“ Verfahren bei Homosexualität zu schützen, und wie werden die Geschädigten von der Bundesregierung unterstützt angesichts der Tatsache, dass nicht nur christlich fundamentalistische Gruppen bis heute meinen, Homosexualität sei eine veränderbare Charaktereigenschaft, sondern auch einige approbierte Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten „Konversionsbehandlungen“ anbieten, um Homosexualität zu „heilen“?
4. Abgeordneter
Harald Petzold (Havelland)
(DIE LINKE.)

Wie können sich Betroffene gegen eine „Konversionstherapie“ schützen, da es trotz der Entpathologisierung von Homosexualität in den ICD 10 (ICD = International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) von 1991 weiterhin Möglichkeiten gibt, die nichtheterosexuelle Orientie-

zung einer Patientin oder eines Patienten wie eine Erkrankung zu behandeln, und welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, um die Möglichkeiten, „Konversionstherapien“ unter dem Deckmantel der ärztlichen oder psychotherapeutischen Behandlung abrechnen zu können, einzuschränken?

5. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen zum Schutz von Minderjährigen und jungen Erwachsenen erwägt die Bundesregierung, um diese Gruppe vor psychischen und physischen Schädigungen durch „Konversionstherapien“ bei Homosexualität zu schützen (vgl. Pressemitteilung der Bundesärztekammer vom 22. Oktober 2013)?
6. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)

Bleibt der Bundesminister für Gesundheit, Hermann Gröhe, bei seiner Auffassung, es müsse die Bettenauslastung der Krankenhäuser durch den Abbau von Betten gesteigert werden (vgl. www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/berufspolitik/article/858658/dkg-empfang-groehewill-kliniken-gesund-schrumpfen.html), obwohl die Bettenauslastung in Deutschland (durchschnittlich 77 Prozent, an Werktagen höher) im OECD-Durchschnitt liegt (vgl. OECD 2013: Health at a Glance 2013, S. 89) und obwohl eine Studie zeigt, dass kalendarische Auslastungen über 92,5 Prozent zu einer 14,4 Prozent höheren Sterblichkeit an diesen Tagen führen (vgl. Kuntz et al. 2014: Stress on the Ward: Evidence of Safety Tipping Toints in Hospitals)?
7. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Regelungen wird die Bundesregierung zur Vergabe der Fördermittel aus dem Innovationsfonds vorgeben, und nach welchen Kriterien wird das Vergabeverfahren durchgeführt (bitte unter Angabe der zuständigen Stelle)?
8. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Werden Projekte zur ortsnahen, sektorübergreifenden Versorgung psychisch kranker Menschen zukünftig mit Mitteln aus dem Innovationsfonds gefördert werden können, und wenn ja, wer wird hierzu antragsberechtigt sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

9. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Sind die jüngsten Aussagen des sächsischen Wirtschaftsministers Sven Morlok (FDP) bezüglich der Südumfahrung Pirna der B 172 zutreffend, nach denen nicht der Freistaat Sachsen, sondern der Bund dafür verantwortlich sei, dass das in der Region dringend benötigte Bauvorhaben plötzlich nicht mehr mit höchster Priorität im Bundesverkehrswegeplan verankert werden soll (siehe „Streit um Südumfahrung eskaliert“ in Sächsische Zeitung, Ausgabe Pirna vom 10. Mai 2014), und welche Gründe gibt es für diese Entwicklung gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Herstellung des Baurechts unmittelbar bevorsteht?
10. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rechtsposition hat die Bundesregierung im Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 30. Mai 2013 vertreten, die bei der Festlegung von Flugrouten die Nichtbeachtung der UVP-Richtlinie (2011/92/EU) bemängelt, und bis wann wird die Bundesregierung die von der Europäischen Kommission bemängelten Probleme beheben?
11. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll das Luftverkehrsgesetz neben dem Schutzgut Umwelt (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, 92/43/EWG) hinsichtlich der UVP-Richtlinie (2011/92/EU) angepasst werden, um für das Schutzgut Mensch eine zur Verbesserung der Situation der Fluglärm betroffenen zu erzielen?
12. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Rechtsgrundlage (bitte auch untergesetzliche Regelwerke einbeziehen) werden seitens der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) Einzelfreigaben (directs) erteilt, welche es ermöglichen, unter bestimmten Umständen bereits im Nahbereich von Flughäfen von festgelegten Abflugverfahren abzuweichen, und nach welchen konkreten Kriterien entscheidet die DFS über die Notwendigkeit von Einzelfreigaben (bitte am Beispiel des Flughafens Berlin-Tegel darstellen und auch Dienstanweisungen einbeziehen)?

13. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, die seit dem 1. Januar 2003 gültigen „Bonuslisten“ (veröffentlicht in den NfL I – 83/03), die von den Flughäfen zur lärmabhängigen Differenzierung der Landegebühren im Rahmen des Listenverfahrens angewendet werden können, zu überarbeiten (bitte begründen), und wenn ja, wann wird die Überarbeitung der „Bonuslisten“ voraussichtlich abgeschlossen sein?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

14. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat Deutschland in den vergangenen zehn Jahren finanzielle Mittel für Bauten des US-Militärs und der NSA in Deutschland, beispielsweise das European Cryptology Center – „Dagger Complex“ in Darmstadt bzw. Wiesbaden, beigesteuert (bitte einzeln aufschlüsseln nach Jahren und Bauprojekten), und was ist ggf. der Grund für deutsche Zahlungen für einen US-Geheimdienst, der nach Dokumenten Edward Snowdens verdächtig ist, Millionen von Kommunikationsverbindungen deutscher Staatsbürger illegal, anlasslos und verdachtsunabhängig ausgespäht, gespeichert und ausgewertet zu haben, und für Zahlungen für das US-Militär, die in zehn Jahren 600 Mio. Euro betragen haben sollen (www.sueddeutsche.de/politik/geheimer-krieg-deutschland-zahlt-millionen-fuer-us-militaer-1.1820318)?
15. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) ausschließen, dass im letzten und in diesem Jahr in den diversen Gesprächen zwischen Vertretern des BMUB und der Atommüll-/Abfallverursacher zu Endlager- und Entsorgungsfragen wie beispielsweise zum Schacht Konrad (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Bundestagsdrucksachen 17/14599 zu den Fragen 3 und 4 und 17/14278 zu Frage 9) von Abfallverursacherseite eine mögliche Veränderung des bisherigen Systems der Entsorgungsrückstellungen ins Spiel gebracht wurde, und hatte das BMUB vor dem 11. Mai 2014 von etwaigen Gesprächen anderer Bundesressorts, insbesondere des Bundeskanzleramtes, mit Vertretern der AKW-betreibenden Energiekonzerne bzw. der Abfallverursacher zu einer möglichen Veränderung des bisherigen Systems der Entsorgungsrück-

stellungen und/oder übergeordneten Überlegungen einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll, in dieser Wahlperiode ggf. Kenntnis?

16. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bestehen nach Kenntnis des BMUB jeweils zwischen der Vattenfall Europe Sales GmbH einerseits und der Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH & Co. oHG und der Kernkraftwerk Krümmel GmbH & Co. oHG andererseits jeweils Gewinnabführungs- und/oder Beherrschungsverträge, und falls nein, welche Konsequenzen ergeben sich hieraus aus Sicht des BMUB bezüglich einer möglichen oder nicht möglichen finanziellen Heranziehung der Vattenfall Europe Sales GmbH im nuklearen Haftungsfall oder bei einem Nichtausreichen der finanziellen Mittel der beiden o. g. Betreibergesellschaften von Brunsbüttel und Krümmel für Rückbau und Entsorgung des betreffenden Atomkraftwerks und Atommülls?
17. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist aus Sicht des BMUB die Insolvenzfestigkeit der Rückstellungen der Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzerne für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke und des Atommülls ausreichend gegeben (bitte mit Begründung), und inwiefern hat sich die Sicht des BMUB auf diese Frage der Insolvenzfestigkeit durch die in Medienberichten kolportierten Überlegungen der Energiekonzerne RWE, E.ON und EnBW zu einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll verändert?
18. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neueren schriftlichen Erkenntnisse liegen dem BMUB zu den Kosten des Rückbaus und der Entsorgung von Leistungsreaktoren und des betreffenden betrieblichen und des Rückbauatommülls vor (bitte jeweils konkrete Angabe von Titel, Autor und Datum machen), und welche Konsequenzen ergeben sich für das BMUB aus diesen Erkenntnissen in Bezug auf einen etwaigen Veränderungsbedarf am bisherigen System der Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke und des Atommülls (insbesondere bezüglich Verfügbarkeit und Insolvenzfestigkeit)?

19. Abgeordneter
**Peter
Meiwald**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit hochrangigen Vertretern von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen fanden in dieser Wahlperiode auf Leitungsebene statt (bitte differenzierte Angaben machen wie in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/11922 in Verbindung mit der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 17 der Abgeordneten Sylvia Kottling-Uhl auf Bundestagsdrucksache 17/12042, also Datum, Teilnehmer und Themen), und in welchen dieser Gespräche ging es auch um Aspekte des Rückbaus und der Entsorgung der Atomkraftwerke bzw. des Atommülls dieser Energiekonzerne?
20. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (möglichst Datum bitte) hatte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in dieser Wahlperiode erstmals Kenntnis von Überlegungen von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen bezüglich möglicher Veränderungen des bisherigen Systems der Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke und des Atommülls und/oder übergeordneten Überlegungen einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll (bitte differenzieren nach Fachebene, Leitungsebene und Hausspitze), und welche Konsequenzen wurden aus dieser Kenntnis gezogen (bitte mit zeitlicher Angabe)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

21. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (möglichst Datum bitte) hatte das Bundeskanzleramt in dieser Wahlperiode erstmals Kenntnis von Überlegungen von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen bezüglich möglicher Veränderungen des bisherigen Systems der Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke und des Atommülls und/oder übergeordneten Überlegungen einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll (bitte differenzieren nach Fachebene, Leitungsebene und Hausspitze), und welche Konsequenzen wurden aus dieser Kenntnis gezogen (bitte mit zeitlicher Angabe)?

22. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche des Bundeskanzleramtes mit hochrangigen Vertretern von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen fanden in dieser Wahlperiode auf Leitungsebene statt (bitte differenzierte Angabe machen wie in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/11922 in Verbindung mit der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 17 der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl auf Bundestagsdrucksache 17/12042, also Datum, Teilnehmer und Themen), und in welchen dieser Gespräche ging es auch um Aspekte des Rückbaus und der Entsorgung der Atomkraftwerke bzw. des Atommülls dieser Energiekonzerne?
23. Abgeordneter
**Peter
Meiwald**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen Gesprächen von Vertretern der Bundesregierung mit Vertretern von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen, in denen es auch um Überlegungen der Energieversorgungsunternehmen zu einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll ging, hatte der Regierungssprecher Steffen Seibert am 12. Mai 2014 Kenntnis, als er gegenüber Medien sagte, es habe diesbezüglich „keine Verhandlungen und Beschlüsse“ gegeben, aber auf Nachfrage entsprechende „Gespräche“ nicht dementierte (vgl. „Verstaatlichung von AKWs – Wer hat mit wem gesprochen?“ in taz.die tageszeitung vom 13. Mai 2014, bitte vollständige Angabe aller entsprechenden Gespräche machen)?
24. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (möglichst Datum bitte) hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in dieser Wahlperiode erstmals Kenntnis von Überlegungen von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen bezüglich möglicher Veränderungen des bisherigen Systems der Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke und des Atommülls und/oder übergeordneten Überlegungen einer Art Bad Bank für Atomkraftwerke und Atommüll (bitte differenzieren nach Fachebene, Leitungsebene und Hausspitze), und welche Konsequenzen wurden aus dieser Kenntnis gezogen (bitte mit zeitlicher Angabe)?
25. Abgeordnete
**Dr. Valerie
Wilms**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit hochrangigen Vertretern von Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzernen fanden in dieser Wahlperiode auf Leitungsebene statt (bitte differenzierte Angaben machen wie in Bundestagsdrucksache 17/11922 zu Frage 19 in Ver-

- bindung mit Bundestagsdrucksache 17/12042 zu Frage 17, also Datum, Teilnehmer und Themen), und in welchen dieser Gespräche ging es auch um Aspekte des Rückbaus und der Entsorgung der Atomkraftwerke bzw. des Atommülls dieser Energiekonzerne?
26. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie werthaltig die Rückstellungen in den Konzernbilanzen von RWE derzeit noch sind (bitte differenzieren nach Ressort und Datum)?
27. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Meldung des Magazins „DER SPIEGEL“ vom 12. Mai 2014, dass der Bundesregierung ein Vorschlag von E.ON, RWE und EnBW zur Unterbringung ihrer Atomausstiegsrücklagen in einer öffentlich-rechtlichen Stiftung für den Betrieb und Rückbau der deutschen Atomkraftwerke sowie für die Atommülllagerung vorliegt?
28. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wenn ja, was beinhaltet der Vorschlag der genannten Unternehmen bezüglich des Aufgabenbereiches der vorgeschlagenen Stiftung und der künftigen Haftung für die Kosten des Atomausstieges und der Atommüllentsorgung (bitte aufschlüsseln nach Kapitalbeteiligung der jeweiligen Unternehmen und die ggf. vorgeschlagenen Änderungen der gesetzlichen Haftungsregelungen einzeln vermelden)?
29. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Verfahren hat das Bundeskartellamt in den vergangenen zehn Jahren gegen im Lebensmittelsektor tätige Unternehmen geführt und mit jeweils welchem Ausgang?
30. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gegen wie viele Wursthersteller ermittelt das Bundeskartellamt wegen illegaler Preisabsprachen (sogenanntes Wurstkartell), und auf welche Summe beläuft sich nach Einschätzungen des Bundeskartellamtes der Schaden für die Verbraucherinnen und Verbraucher?

31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Auf welcher rechtlichen bzw. vertraglichen Grundlage verweigert die Bundesregierung mit dem Verweis, dass „Namen von Absender und Empfänger [...] nicht genannt werden [können], da die Lieferbeziehung der deutschen Vertragspartner ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis darstellt“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1222) die Auskunft darüber, welche deutschen Firmen die ukrainischen Waffen des Typs SKS Simonov in den Jahren 2008 bis 2012 gekauft haben, und wie erklärt sich die Bundesregierung, dass sie keine Kenntnisse über den Verbleib der betreffenden Waffen hat?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie oft hat die Europäische Union gegen Separatisten im Bereich und außerhalb der Europäischen Union (z. B. in Schottland, Norditalien, Katalonien oder in den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien) Sanktionen verhängt, und welcher Art waren die Sanktionen?
33. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa am 2. Mai 2014, bei dem 46 größtenteils linke oder gewerkschaftlich organisierte Aktivisten starben, womöglich noch bei weitem mehr Menschen (bis zu 116) umkamen, die zum Teil vor dem Brand erschossen bzw. erdrosselt wurden, und warum hat sie sich als Reaktion auf diese Morde und zur vollständigen Aufklärung der Tat nicht umgehend für die Entsendung einer OSZE-Beobachtermission in die Ukraine eingesetzt (siehe www.heise.de/tp/artikel/41/41668/1.html)?
34. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem drohenden Parteiverbot der Kiewer Übergangsregierung gegen die kommunistische Partei der Ukraine (siehe [neues deutschland](http://neues-deutschland.de), 14. Mai 2014, S. 2), besonders vor dem Hintergrund, dass in den letzten Monaten das Büro der Kommunistischen Partei mit Hakenkreuzen beschmiert wurde, Mitglieder angegriffen, verprügelt und bedroht und viele Kommunisten vom Rechten Sektor auf Todeslisten gesetzt wurden?

35. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz amerikanischer Söldner von Blackwater/Academi in der Ukraine (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 15. Mai 2014), und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
36. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung meine Bedenken in Bezug auf die ukrainische Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 wegen der kurzfristigen Änderungen der Artikel 83 und 84 des Wahlgesetzes vom 13. März 2014, die verhindern, dass die Legitimität der Wahl angezweifelt wird, auch wenn in mehreren Bezirken faktisch keine Stimmabgabe erfolgen konnte (www.kas.de/ukraine/de/publications/37676/), und wegen der Tatsache, dass die Wahlbeobachtungsmissionen des Europarates und der OSZE eine Wahlbeobachtung in den umstrittenen und von Angriffen des ukrainischen Militärs und der neu geschaffenen Nationalgarde gegen proföderalistische Kräfte betroffenen Gebieten im Süden und Osten des Landes gegenwärtig ausschließen (www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-separatisten-stellen-armeereinheiten-ultimatum-a-969723.html), und inwiefern hat sich die Bundesregierung für eine Wahlbeobachtung im ganzen Land eingesetzt?
37. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Tätigkeit bewaffneter amerikanischer privater Sicherheitskräfte in der Ukraine (vgl. BILD am Sonntag vom 11. Mai 2014, Süddeutsche Zeitung vom 14. Mai 2014, bitte aufschlüsseln nach Arbeit- und Auftraggeber, Anzahl, Auftrag sowie Beschäftigungsort), und welche Kenntnis hat die Bundesregierung, ob diese Sicherheitskräfte mit Billigung oder im Auftrag der Regierung in Kiew vor Ort sind?
38. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- Welchen personellen und finanziellen Beitrag (inklusive Ausstattungshilfe) beabsichtigt die Bundesregierung zu der EU-GSVP-Mission in der Ukraine zu leisten, die nach dem Ratsbeschluss vom 12. Mai 2014 derzeit vom Europäischen Auswärtigen Dienst vorbereitet wird und voraussichtlich im Juni 2014 in Kiew ihre Arbeit aufnehmen soll, und mit welchen Einheiten der ukrainischen Sicherheitskräfte soll dabei kooperiert werden?

39. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Aufgaben- und Einsatzgebiet der EU-Feldmission des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) in der Ukraine vor dem Hintergrund, dass laut dem Ausschreibungstext (www.cmcfinland.fi) des EAD zu den dort eingesetzten Experten solche mit Erfahrungen in „Riot control“ (Aufstandsbekämpfung) und „Intelligence“ (Aufklärung) gehören?
40. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wann und wie wurde die Bundesregierung durch den Bundesnachrichtendienst (BND) informiert, dass die ukrainischen Sicherheitskräfte bei ihrem Einsatz in der Ostukraine von 400 Academi-Elitesoldaten (ehemals Blackwater) unterstützt werden (www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-400-us-soeldner-von-academi-kaempfen-gegen-separatisten-a-968745.html), nachdem die Bundesregierung noch am 24. April 2014 in ihrer Antwort zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1222 mitteilte, dass sie „keine eigenen Kenntnisse darüber [hatte], ob Personal amerikanischer Sicherheitsunternehmen in der Ukraine eingesetzt wird“?
41. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung darüber Kenntnis, dass diese US-Söldner im Auftrag der US-Regierung mit Zustimmung der ukrainischen De-facto-Regierung und Kooperation der CIA in der Ukraine gegen die dortige Bevölkerung agieren, obwohl gegen die Firma Blackwater als Vorgänger von Academi Vorwürfe wegen verschiedenster strafbarer Aktivitäten, wie der Tötung von Zivilisten im Irak sowie illegale Waffenexporte und Waffenhandel, erhoben werden (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/laut-zeitungsbericht-amerikanische-soeldner-sollen-in-der-ostukraine-kaempfen-12933968.html)?
42. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Vertreter der ukrainischen Übergangsregierung den deutschen Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier von einer Kranzniederlegung vor dem Gewerkschaftshaus in Odessa, in dem mindestens 46 Menschen ermordet wurden, abgeraten, und warum hat der Bundesaußenminister sich von dem geplanten Zeichen der Anteilnahme abhalten lassen (www.welt.de/politik/deutschland/article127970772/Turtschinow-schaut-Steinmeier-nicht-in-die-Augen.html)?

43. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
Inwieweit ist aus Sicht der Bundesregierung die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der ostukrainischen Aufständischen, die für eine Autonomie ihrer Gebiete eintreten, Voraussetzung für das Zustandekommen eines Runden Tisches bzw. des so genannten Nationalen Dialogs?
44. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Finden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung Mediations- und Versöhnungsmaßnahmen in der Ukraine statt, und wenn ja, in welchem finanziellen Umfang werden diese vom Auswärtigen Amt unterstützt?
45. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Hält die Bundesregierung eine Weiterführung der EU-Wahlbeobachtermission in Ägypten angesichts der Tatsache für vertretbar, dass wesentliche Voraussetzungen für die Entsendung und den Verbleib von EU-Wahlbeobachtern, wie Meinungs-, Versammlungs- und Betätigungsfreiheit für Kandidaten und Parteien, insbesondere die Möglichkeit zur Kritik an der Regierung, seit längerem in Ägypten nicht erfüllt werden, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die Weiterführung dieser Mission?
46. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
Wie ist der aktuelle Stand bei den Verhandlungen über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens der Europäischen Union mit der Südkaukasusrepublik Georgien, und welche konkreten Schritte gedenkt die Bundesregierung auf EU-Ebene zu unternehmen, um in diesem Zusammenhang einer ähnlichen Zuspitzung der Sicherheitslage wie in der Ukraine vorzubeugen und sicherzustellen, dass die Östliche Partnerschaft der EU einer engen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der Partnerländer mit der Russischen Föderation nicht entgegensteht?
47. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
Inwieweit plant die Bundesregierung, in Kenntnis der konkreten Namen der zuliefernden deutschen Firmen an das syrische Chemiewaffenprogramm, diese Unternehmen an den Kosten für die Beseitigung der hergestellten Massenvernichtungswaffen zu beteiligen, bzw. hat sie diesbezüglich Prüfungen vornehmen lassen/weitere Schritte unternommen, und wie hoch werden die gesamten Belastungen des Bundeshaushalts (inklusive des Einsatzes der Bundesmarine) für Untersuchung und Vernichtung des Chemiewaffenprogramms voraussichtlich sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

48. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass im Bundesministerium des Innern entschieden worden ist, die Förderung des Deutschen Schachbundes noch in diesem Jahr vollständig einzustellen, obwohl im Deutschen Bundestag bislang weder der Haushaltsplan für das Jahr 2014 beschlossen wurde noch die künftige Bezuschussung der einzelnen Sportarten in Deutschland im fachlich zuständigen Sportausschuss überhaupt diskutiert worden ist, und wenn ja, welche Gründe gaben für die überraschende Streichung der Zuschüsse den Ausschlag, nachdem auch der Deutsche Olympische Sportbund noch auf seiner letzten Mitgliederversammlung am 7. Dezember 2013 bezüglich Schach einstimmig für die Beibehaltung des Status als Sportart votiert hatte?
49. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung über Daten und Zwecke, zu denen der Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin oder Vertreter der Bundesregierung im Kanzleramt (wie am 14. Februar 2005) oder anderswo den russischen Aluminium-Oligarchen und Erbauer des Sotschi-Olympiadorfs, Oleg Deripaska, empfangen/empfangen bzw. traf/trafen, dem die USA die Einreise wegen angeblicher Mafia-Verbindungen verboten (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 4. Mai 2014), und was ist der Bundesregierung über die Art der Tätigkeit des ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes und – bis November 2009 – Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, August Hanning, für Oleg Deripaska bekannt, insbesondere ob ersterer bei ihr als ehemaligen Dienstherrn eine nach § 37 des Beamtenstatusgesetzes nötige Genehmigung für seine Zeugenaussage am 2. Mai/2. Juli 2012 vor dem Londoner High Court zugunsten des Oleg Deripaska (vgl. DER SPIEGEL vom 10. Juni 2013) einholte?
50. Abgeordnete
Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den diversen Ermittlungsfehlern im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) für erforderlich, die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten vorzusehen, bei dem sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Polizistinnen und Polizisten Kritik und Vorschläge ggf. anonym vorbringen können, und wenn nein, warum nicht?

51. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso verschickt das Bundesministerium des Innern nach mir vorliegenden Informationen den Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung am 7. Mai 2014 an Bundesländer und Verbände zur Stellungnahme, wenn bereits im Anschreiben darauf hingewiesen wird, dass die Ressortabstimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf noch nicht abgeschlossen ist und innerhalb der Bundesregierung noch grundlegende Fragen unter anderem zu den Haftregelungen, zur Änderung des Ausweisungsrechts, zur Wiedereinreiseperrre sowie zum Bleiberecht – somit also die zentralen Regelungsinhalte des Gesetzentwurfs – noch nicht abschließend geklärt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

52. Abgeordneter
**Jan van
Aken**
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der/des Ermittlungsverfahren/s gegen deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit deren Zulieferungen an das syrische Chemiewaffenprogramm (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/750 zu den Fragen 13 ff.), und mit welchen Ergebnissen fanden die Konsultationen mit den zuständigen Ermittlungsbehörden in diesem Zusammenhang jeweils statt (bitte einzeln auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

53. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Bürokratieaufwand im Rahmen der Erhebung der Abgeltungsteuer, und wie würde sich nach Ansicht der Bundesregierung dieser Bürokratieaufwand verändern, wenn die abgeltende Wirkung der Kapitalertragsteuer abgeschafft und Kapitalerträge wie Arbeitseinkommen progressiv besteuert würden?

54. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung die anonyme Abgeltung der Kapitalertragsteuer auf die Möglichkeiten der Finanzbehörden, Fälle von Steuerhinterziehung der Kapitalertragsteuer aufzuklären?
55. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Aufkommenswirkungen für das Kasenjahr 2014 ist bei einer Streichung der Regelung zur Zinsschranke gemäß § 4h des Einkommensteuergesetzes und § 8a des Körperschaftsteuergesetzes zu rechnen (bitte differenzieren nach Steuergläubigern und Steuerarten), und inwieweit sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, die Einschränkungen bei der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen gemäß den genannten Paragraphen auf Lizenzzahlungen auszuweiten?
56. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist durch die Neufassung des Artikels 13 Absatz 2 im Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Spanien vom 3. Februar 2011, welche Spanien für den Verkauf von Gesellschaftsanteilen ein Besteuerungsrecht einräumt, eine Beschränkung des deutschen Besteuerungsrechts gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Außensteuergesetzes eingetreten, und warum wurde im DBA für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in Form von Mieten und Veräußerungsgewinnen die Anrechnungs- und nicht die Freistellungsmethode vereinbart?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

57. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist die Zahl der von der geplanten Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder profitierenden Mütter und Väter, die eine Rente aus einem Versorgungswerk erhalten, und wie viele Mütter und Väter mit vor 1992 geborenen Kindern erhalten trotz des Erreichens der Regelaltersgrenze keine Altersrente, weil sie die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren nicht erreichen?

58. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die gemeinsame Bewertung vom Bundesinnen-, Bundesjustiz- und Bundesarbeitsministerium vom März 2014 (Dortmunder RuhrNachrichten vom 15. Mai 2014), dass bei der sog. rollierenden Stichtagsregelung „verfassungsrechtliche Risiken“ bestehen, „sofern nicht plausibel begründet werden kann, dass es sich bei Vorliegen von Arbeitslosigkeit zwei Jahre vor Rentenbeginn i. d. R. um eine verschuldete Arbeitslosigkeit handelt“, und welche arbeitsrechtlichen Kündigungsgründe könnten nach Ansicht der Bundesregierung in Betracht kommen, um einen Arbeitnehmer unverschuldet in die Arbeitslosigkeit entlassen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

59. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ziel bzw. Zweck oder welcher Zweckbeschränkung wurde in Bayern das militärische Flugbeschränkungsgebiet ED-R TRA 210 eingerichtet (bitte auch angeben, wer dieses beantragt hatte bzw. die Initiative dazu ergriff, um nachzuvollziehen, ob dies aufgrund eines Bedarfs der US-Armee oder der Bundeswehr geschah), und welche Drohnen ausländischer Armeen haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Trainings, Testflüge oder Flugkampagnen auf den Truppenübungsplätzen der US-Armee in Bayern absolviert, wofür nach meiner Einschätzung eine Genehmigung zur Querung des Flugbeschränkungsgebietes ED-R TRA 210 vonnöten ist (bitte, soweit möglich, konkret angeben, wo die Flüge abgehalten wurden, insbesondere, ob nach Kenntnis der Bundesregierung auch Bodenstationen involviert waren, die sich nicht am Standort der Flüge befanden)?
60. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde angesichts der Medienberichte über völkerrechtswidrige Drohnenangriffe von US-Stützpunkten in Deutschland bei den Gesprächen in Stuttgart am 29. April 2014 jenseits einer besseren Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und US-Afrika-Kommando Africom nicht über das US-amerikanische Drohnenprogramm in Afrika gesprochen, und wann bzw. wie plant die Bundesregierung, wie von der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, angekündigt, Gespräche zu führen, um diesen Vorwürfen nachzugehen (vgl. FOCUS, 18. April 2014)?

